

Bratmann und Klein: Alstom-Werk Salzgitter braucht langfristige Perspektive

Pressemitteilung Nr. 18/1332

4. März 2022

Auf Initiative der SPD-Fraktion fand in der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses eine Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Entwicklung bei Alstom Salzgitter. „In der Unterrichtung wurde deutlich, dass die angedachte teilweise Produktionsverlagerung von Salzgitter ins polnische Breslau gegen geltende Standort- und Beschäftigungssicherung verstößt und damit nicht rechtmäßig wäre“, betont Christoph Bratmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Zudem würde die Verlagerung am Standort Salzgitter einen erheblichen Personalüberhang auslösen, wenn keine gleichwertige Kompensation erfolgt.“

Stefan Klein, stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuss, begrüßt vor diesem Hintergrund den Einsatz der SPD-geführten Landesregierung für die Sicherung der Arbeitsplätze am Standort Salzgitter: „Ein breites Bündnis aus Gewerkschaft, Betriebsrat, Landes- und Kommunalpolitik engagiert sich für eine langfristige Perspektive. Es ist richtig, dass die Landesregierung, insbesondere Ministerpräsident Stephan Weil – im steten Austausch mit den Akteuren vor Ort steht und eine tragfähige Lösung sucht. Die ersten Anzeichen der Verständigung sind zu sehen, es braucht aber eine echte Perspektive für die Beschäftigten.“

Das Alstom-Werk ist ein wichtiger Industriestandort in Südniedersachsen, der einen wertvollen Beitrag zur klimafreundlichen Transformation der niedersächsischen Wirtschaft leistet. Wirtschaftssprecher Bratmann: „Beispielsweise die Entwicklung eines Brennstoffzugs ist ein innovativer Ansatz auf dem Weg zur Wasserstoffregion. Dieses Know-How muss uns erhalten bleiben.“

Pressemitteilung von:



Christoph Bratmann



Stefan Klein